

// VORSITZENDE //

GEW Baden-Württemberg • Silcherstr. 7 • 70176 Stuttgart

Örtlicher Personalrat für GHWRGS-Schulen
beim Staatlichen Schulamt Nürtingen
Ruben Ell – Personalratsvorsitzender
Marktstraße 12
72622 Nürtingen

Stuttgart, 17. Oktober 2024
Telefon: 0711/21030-10
E-Mail: vorsitzende@gew-bw.de

Anträge der Personalversammlungen

Lieber Ruben Ell,
liebe Kolleg*innen,

vielen Dank für die Zusendung der Ergebnisse beiden Personalversammlungen für die Grund-, Haupt-, Werk-, Real-, Gemeinschaftsschulen sowie Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren beim Staatlichen Schulamt Nürtingen im Februar und März.

Viele Ihrer Forderungen haben Sie schon im letzten Jahr an uns herangetragen. Das spricht für sich und bedeutet kein gutes Urteil für die Handlungsfähigkeit des Kultusministeriums. In den letzten Jahren gab es kaum Fortschritte in der Bildungspolitik und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sind nur nach sehr langem und intensiven Einsatz erkennbar.

Ausdrücklich warne ich vor Defätismus, denn die Reformen im Bildungsbereich 2022 (u.a. Anhebung der Eingangssämter bei den Fachlehrkräften, die Rücknahme der Kürzungen im Beihilfebereich, Erhöhung der Familienzuschläge) oder die Einführung der Pauschalen Beihilfe zeigen, dass positive Veränderungen möglich sind. Ebenso war die Einführung der Sommerferienbezahlung für viele befristet beschäftigte Lehrkräfte ein wichtiges Signal, auch wenn weiterhin die Bezahlung der Sommerferien für Referendar*innen aussteht. Ein Erfolg war zudem das Ergebnis der letzten Tarifverhandlungen und deren 1:1 Übertragung auf die verbeamteten Kolleg*innen. Das Ergebnis hat nicht nur die enormen Kaufkraftverluste der letzten Jahre abgemildert, sondern hoffentlich eine Phase guter Tarifabschlüsse in den nächsten Jahren eingeläutet. Im Rahmen der aktuellen Schulgesetzänderung werden viele Aspekte der Schulstruktur neu diskutiert. Es ist wichtig, dass wir weiterhin gemeinsame laut und beharrlich bleiben, auf Missstände hinweisen und Lösungen voranbringen. Ich freue mich daher über Ihre Forderungen und Anregungen und nehme gerne Stellung.

Tarifbeschäftigte Lehrkräfte, Schulleitungen und Pädagogisches Personal

Sie wissen, dass wir in den letzten Jahren immer wieder auf die Probleme und auch die Benachteiligungen der tarifbeschäftigten Kolleg*innen gegenüber ihren verbeamteten Kolleg*innen hingewiesen haben und hier über Aktionen, u.a. Abgeordnetenbesuche, dafür sorgen, dass die Lage der Tarifbeschäftigten nicht in Vergessenheit gerät.

Ich erinnere, dass wir viele Erfolge erreicht haben, sei es die Angleichungszulage oder die Einführung der Stufe 6 in der Gehaltstabelle. Auch bei der Eingruppierung haben wir einzelne Verbesserungen erzielt, u.a. bei den Pädagogischen Assistent*innen. Richtig ist leider auch, dass wir noch weit von unseren Zielen entfernt sind und im letzten Jahr keinen weiteren Schritt vorangekommen sind. Im nächsten Schuljahr setze ich darauf, dass wir endlich die zugesagten Gespräche auf der Bundesebene zu Verbesserung an der Entgeltordnung führen werden. Dort werden wir uns für die stufengleiche Höhergruppierung stark machen, die im TVöD – dem Tarifvertrag für die Beschäftigten beim Bund und den Kommunen – ja schon möglich ist.

Zusagen kann ich Ihnen, dass wir uns in Baden-Württemberg mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass die Sommerferien grundsätzlich bezahlt werden und mehr Möglichkeiten für die Qualifizierung der Kolleg*innen geschaffen werden. Mit Ihrer Forderung nach mehr Transparenz bei der Einstellung von Personen ohne (vollständige) Lehrbefähigung (POL) rennen Sie bei der GEW offenen Türen ein. Uns erreichen aktuell von vielen Personalversammlungen ähnliche Anträge. Den Handlungsbedarf werden wir an das Kultusministerium herantragen.

Im Tariffrecht und in der Tarifpolitik werden immer dicke Bretter gebohrt und das dauert häufig sehr lange. Eine bessere Anerkennung der einschlägigen Berufserfahrung sowie der förderlichen Zeiten sind solche Bretter. Wir werden auch bei diesen Fragen hartnäckig bleiben, stehen aber hier einem gebaltem Unwillen der Arbeitgeber*innen gegenüber, weshalb wir zumindest kurzfristig keine Abhilfe erwarten.

Schulleitungen

Während es in den vergangenen Jahren einige, wenn auch nicht ausreichende Verbesserungen bei den Schulleitungen gegeben hatte, so war das letzte Jahr von Stillstand geprägt. Die nötigen Reformen und Unterstützungsangebote werden in Ihrer Resolution benannt und von uns wiederholt an das Kultusministerium herangetragen. Mit Blick auf meine Antwort im letzten Jahr kann ich mich leider nur wiederholen. Das Schulleitungskonzept, welches unter Kultusministerin Frau Eisenmann entwickelt wurde, war ein guter erster Aufschlag und muss endlich vollständig umgesetzt werden. Wir brauchen mehr Leitungszeit, die Entbindung von der Aufgabe der Klassenleitung, mehr Verwaltungsassistenzen und eine Professionalisierung im IT-Bereich, um die Schulleitungen zu unterstützen und damit auch die Schulen insgesamt besser zu machen.

Beratungslehrkräfte

Viel wäre gewonnen, wenn Ihr Vorschlag umgesetzt würde, bei der Deputatsberechnung neben der Schüler*innenzahl auch die Anzahl der Schulen zu berücksichtigen. Sie haben diesen Vorschlag bereits im letzten Jahr vorgetragen. Wir werden das Kultusministerium weiter daran erinnern; verbunden mit dem Hinweis, dass diese kleine Reform kurzfristig realisierbar ist.

Fachlehrkräfte/Technische Lehrkräfte

Nach der Anhebung der Eingangssämter bei den FL und TL Ende 2022, hat sich leider keine weitere Verbesserung ergeben. Unglücklich sind wir darüber, dass die von uns angestoßene Klage ohne Erfolg blieb, mit der wir gegen die nicht-stufengleichen Höhergruppierungen im Zuge der Umsetzung der Besoldungsreform juristisch vorgegangen sind. Daran wird deutlich, dass wir nur über Tarifverhandlungen eine Änderung des Höhergruppierungssystems erreichen werden.

Positiv und in zukunftsweisend habe ich aber unseren Fachtag für Fachlehrkräfte und Technische Lehrkräfte erlebt. Dort haben wir unsere Forderungen gegenüber der Politik vortragen und um Unterstützung werben können. Das hat Mut gemacht, in den nächsten Jahren sowohl bei der Bezahlung als auch bei der Arbeitszeit weitere Fortschritte erlangen zu können. Der Bericht über den Fachtag ist lesenwert: <https://www.gew-bw.de/aktuelles/detailseite/anliegen-treffen-auf-offene-ohren>. Wir setzen uns weiter mit ganzer Kraft ein.

Lehrkräfte im Bereich SBBZ und Inklusion

Im vergangenen Jahr habe ich Ihnen die Situation und den politische Umgang als „Trauerspiel“ beschrieben: Einsicht in dringend notwendige Reformen ist vorhanden, aber es gibt seit Jahren keine Verbesserungen. Dieses Jahr fällt meine Bewertung noch negativer aus: An den staatlichen SBBZ verschlechtert sich die ohnehin schlechte Stellensituation weiter. Leittragende sind die Kolleg*innen und die Schüler*innen. Gefragt ist jetzt Mut und Kreativität auf Seiten des Kultusministeriums. Die Programme für den Quereinstieg müssen ausgeweitet werden und der Gewinnung von Sonderschullehrkräften, aber auch anderen pädagogischen Fachkräften höchste Priorität gegeben werden. Auch wenn es mir schwer fällt, dies eingestehen zu müssen: Wenigstens kurzfristig werden wir auch die Stundentafel kürzen müssen, die in der Realität ohnehin nicht entsprechend unseren qualitativen Ansprüchen ausgefüllt wird. Hier gilt – lieber weniger aber dafür qualitativ hochwertige Stunden. Ich kann Ihnen hier nur zustimmen. Letztlich brauchen wir wieder festen Grund unter den Füßen, sprich eine bessere Personalausstattung. Erst dann können wir endlich die notwendig Umsetzung einer qualitativ hochwertigen Inklusion angehen.

Lehrkräfte an Realschulen/ Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen/ Lehrkräfte an Haupt- und Werkrealschulen

Zu diesen Lehrkräftegruppen möchte ich gemeinsam Stellung beziehen: Als GEW teilen wir alle Ihre Forderungen. Beispielsweise fordern wir die angemessene Ressourcenausstattung mit Zeit und Personal und den dringend notwendigen Aufbau multiprofessioneller Teams. An allen Schularten besteht erheblicher Handlungsdruck.

Unsere Unterstützung gilt genauso für die schulartspezifischen Forderungen. Wir stehen unter anderem für das parteiübergreifenden Bekenntnis für Gemeinschaftsschule ein. Bei den Realschulen möchte ich die dringende Novellierung der Abschlussprüfungen hervorheben.

Aktuell ist es sicher für uns als Gewerkschaft und als Personalräte richtig, im Sinne Ihrer Forderung Politik für alle Schularten zu machen. Wichtig ist zudem, aus allen Schularten zu lernen und das System als Ganzes weiterzuentwickeln. Wir müssen neue Wege gehen. Ein solcher Weg ist das Konzept für eine Neue Sekundarschule einer Gruppe von Wissenschaftler*innen, Schulleitungen, Schulträgern mit der Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung. Das Konzept ist zukunftsweisend und

hebt sich positiv von den Plänen der Landesregierung, die letztlich den Status-Quo festschreiben und verschlimmern, ab. Ich kann Ihnen nur empfehlen: Machen Sie sich selbst ein Bild vom Vorschlag der Expert*innengruppe zur Neue Sekundarstufe. Eine Zusammenfassung finden Sie in der [Juli/August-Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift b&w auf den Seiten 12 bis 16.](#)

Lehrkräfte an Grundschulen

Ich unterstütze Ihre Mahnung, aus den zurückgehenden Geburtenzahlen nicht die falschen Schlüsse zu ziehen. In unserer Pressekonferenz zu diesem Thema habe ich gewarnt, die aktuellen Statistiken nur als Einsparpotential und Rechtfertigung zum Verzicht auf dringend notwendige Reformen zu verstehen.

Vielmehr ist es eine Chance für eine Weiterentwicklung und Verbesserung dieser Schulart. Die notwendigen Maßnahmen bzw. Herausforderungen haben Sie benannt. Wir müssen gerade an den Grundschulen einen qualitativ hochwertigen Ganztagsbetrieb aufbauen, für den wir neben Lehrkräften auch viele sozialpädagogische Fachkräfte und Verwaltungsprofis brauchen werden. Essenziell sind – wie natürlich auch an allen anderen Schularten – bessere Arbeitsbedingungen. Dazu zähle ich die Ausstattung mit mehr Anrechnungsstunden für die vielfältigen Zusatzaufgaben und endlich Poolstunden für den Umgang mit der höher gewordenen Heterogenität. Hervorheben möchte ich Ihre Forderung nach mehr Anrechnungsstunden für die Zusammenarbeit von Grundschulen und Kindertageseinrichtungen.

Neue Arbeitszeitmodelle sind erprobenswert – und das nicht nur an den Grundschulen. Unbedingt sollten wir die Einführung der Arbeitzeiterfassung, die aus Sicht der GEW schon rein rechtlich an allen Schularten unumgänglich ist, von diesen Überlegungen trennen. Die Arbeitzeiterfassung ist ein Mittel, um Arbeitsbelastung sichtbar zu machen und konkret gegen sie vorgehen zu können. Die GEW sorgt dafür, dass die Arbeitzeiterfassung nicht zur Leistungskontrolle missbraucht wird.

Informationen zum Thema finden Sie auf unserer Homepage:

<https://www.gew-bw.de/aktuelles/detailseite/arbeitszeiterfassung-an-schulen-muss-kommen>

Ich wünsche Ihnen für das aktuelle Schuljahr alles Gute, viel Kraft und auch Freude an Ihrer wertvollen Arbeit. Als Vorsitzende der GEW möchte ich mich an dieser Stelle für das gute Ergebnis bei den Personalratswahlen bedanken. Sie geben damit allen gewählten GEW-Kolleg*innen Rückenwind für ihre Personalratstätigkeit. Ich bin sicher, dass die GEW in Zusammenarbeit mit den Personalräten mithelfen wird, den „Tanker“ Schule in ruhiges und gutes Fahrwasser zu führen.

Mit freundlichen Grüßen



Monika Stein
Landesvorsitzende